



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein

Drucksache 18/2384

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich weiter für die Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein und den Schutz der Meere vor Plastikmüll einzusetzen.

Der Landtag Schleswig-Holstein begrüßt die bisherigen Bemühungen der Fischer und die Unterstützung des Projektes „Fishing for Litter“ durch die Landesregierung. Er bittet die Landesregierung, an einer Ausweitung dieses Projektes auf weitere Häfen festzuhalten.

Der Landtag begrüßt den Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für eine nationale Regelung zur Verringerung des Einsatzes von dünnwandigen Plastiktüten in Zusammenhang mit der Befassung des Vorschlags einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle und fordert die Landesregierung auf, sich aktiv bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht zu beteiligen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, Maßnahmen für Schleswig-Holstein einzuleiten. Dazu gehören:

1. Förderung und Unterstützung der Aufklärung und Umweltbildung sowie der damit befassten Initiativen, Verbände und Bildungseinrichtungen;
2. Prüfung, ob aus bestehenden Förderprogrammen die Auslobung und finanzielle Förderung einer Modellregion, in der neue Lösungsansätze entwickelt und auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden können, möglich ist;

3. Aufnahme von Gesprächen mit dem Handel hinsichtlich einer freiwilligen Selbstverpflichtung zum Verzicht auf Plastiktüten und, wo das nicht möglich ist, zumindest die Einführung der ausschließlich kostenpflichtigen Abgabe von Plastiktüten sowie Initiierung eines Umweltpartner-Programms für den Handel. Die Möglichkeit der Förderung aus Mitteln aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) sowie des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen der Förderperiode 2014 bis 2020 ist zu prüfen;
4. Prüfung der rechtlichen Möglichkeit, auf Landesebene eine Abgabe auf Plastiktüten zu erheben.

Die Landesregierung wird darüber hinaus gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Entsorgungskosten fester Bestandteil der Hafengebühr auch in den Häfen, wo das noch nicht der Fall sein sollte, werden (no special fee).

Lars Winter
und Fraktion
SSW

Marlies Fritzen
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des